

Amos, Heike: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990.

Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2009, 298 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), ISBN: 9783486591392.

Wenn bisher über ostdeutsche Vertriebenenpolitik geforscht wurde, dann standen vor allem die SBZ und die ersten Jahre der DDR im Mittelpunkt des Interesses. Dies hatte primär zwei Gründe: Zum einen war laut SED die Integration der als „Umsiedler“ bezeichneten Menschen bereits 1952/53 „erfolgreich“ abgeschlossen worden, zum anderen existiert deswegen für die folgenden Jahre kein geschlossenes

² Zahlenangabe aus: *Pohl, Dieter: Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933-1945.* Darmstadt 2003, 109.

Quellenkorpus zu dieser Problematik. Die Politik gegenüber den Vertriebenen nachzuzeichnen, ist daher nur mit einer aufwändigen Quellenarbeit in diversen Archivbeständen zu leisten. Heike Amos legt nun eine Studie vor, die sich erstmals diesem Thema für die gesamten 40 Jahre der DDR-Geschichte mit Schwerpunkt auf der SED-Politik widmet. Denn dass mit der verordneten Integration tatsächlich alle Probleme beseitigt gewesen wären, dürften am allerwenigsten die beteiligten Parteifunktionäre selbst geglaubt haben.

Amos gliedert ihre Studie in vier Hauptteile. Zunächst bietet sie einen Überblick über die fünfziger Jahre, wobei sie vor allem die Beobachtung und Kontrolle der „Umsiedler“ durch die Stasi herausarbeitet. Anschließend beschreibt sie den Einfluss der Vertriebenenproblematik auf die Beziehungen der DDR zu Polen, zur Tschechoslowakei und zur Sowjetunion bis in die siebziger Jahre. Im dritten Kapitel schildert sie die Kampagnen gegen die bundesdeutschen Vertriebenenverbände. Und zuletzt fragt sie, ob das „Tabu von ‚Flucht und Vertreibung‘“ in Geschichtswissenschaft, Literatur und Kunst in den siebziger und achtziger Jahren nicht doch gebrochen worden sei. Diesem weitgehend chronologischen Aufbau folgend, kann Amos auf verschiedenen Feldern trotz fehlender geschlossener Quellenbestände nachweisen, dass die „Umsiedler“ in der DDR auch nach 1953 Thema waren.

Noch 1961 besaßen etwa 20 Prozent der DDR-Bürger einen Vertreibungshintergrund. Insofern verstand es sich von selbst, dass sich die SED dieser Tatsache in verschiedener Weise auf innen- wie auf außenpolitischer Ebene widmen musste. Innenpolitisch durfte sich kein sozial- und gesellschaftspolitisches Unruhepotential entwickeln, außenpolitisch sollte die Freundschaft zu den verbündeten sozialistischen Staaten nicht durch eventuelle Organisations- oder Protestversuche getrübt werden. Nachdem die Integration der „Umsiedler“ offiziell für beendet erklärt worden war, beobachtete daher gerade die Staatssicherheit alle Regungen der Betroffenen. War die Vertriebenenpolitik bis zum Beginn der fünfziger Jahre von dem Zusammenspiel von „sozialpolitisch-integrativen und negativ-repressiven Maßnahmen“ (S.255) geprägt gewesen, so beschränkte sie sich seit 1953 auf die Unterdrückung jeglicher Interessenartikulation. Amos zeigt beeindruckend, dass die Stasi aber dennoch bis 1969 fast alljährlich veranstaltete Treffen von „Umsiedlern“ in den Zoologischen Gärten in Halle und Leipzig letztlich nicht verhindern konnte. Seit den siebziger Jahren unternahm sie sogar gegen (vereinzelte) Zusammenkünfte von Umsiedlern kaum noch etwas.

Organisationszusammenschlüsse zu verhindern und Kontaktaufnahme mit westdeutschen Vertriebenenverbänden zu unterbinden, waren die wichtigsten Aufgaben der Stasi. Hiermit mag denn auch die „Nachsicht“ gegenüber späteren Treffen zu erklären sein, denn letztlich waren wohl viele davon kaum mehr als Versuche, Menschen mit einem ähnlichen Schicksal zusammenzubringen. Problematischer war die Agitation mancher Vertriebenen gegen die DDR-Außenpolitik, insbesondere gegen die Oder-Neiße-Grenze. In solchen Fällen reagierten Staats- und Parteistellen bekanntlich repressiv gegen jedwede Störung der „internationalistischen Brüderlichkeit“. An vielen Beispielen belegt Amos mit ostdeutschen Quellen, wie die Problematik der Vertriebenen und der in den Nachbarstaaten verbliebenen Deutschen auf die Beziehungen innerhalb des östlichen Lagers einwirkte. Allerdings zeigt

ten sich hier schnell die Grenzen der Einflussnahme, denn in ihre Minderheitenpolitik ließen sich weder die polnische noch die tschechoslowakische oder sowjetische Führung hineinreden. Um des Bündnisfriedens willen verzichtete die SED auf allzu starke Interventionen.

Einen außenpolitischen bzw. deutsch-deutschen Charakter besaßen auch die Kampagnen gegen die bundesdeutschen Vertriebenenverbände in den sechziger und siebziger Jahren. Die Propaganda von einer friedlichen ostdeutschen Außenpolitik gegenüber einem „westdeutschen Revanchismus“ wurde der DDR freilich durch politisch problematische Äußerungen bundesdeutscher Vertriebenenfunktionäre und deren Vergangenheit während der NS-Zeit einfach gemacht. Amos' Befund, dass bei dem von Vertriebenenorganisationen in West-Berlin jährlich organisierten „Tag der Heimat“ bis 1961 oftmals ein Drittel oder gar die Hälfte der Besucher DDR-Bürger waren, verdeutlicht die innen- und außenpolitische Dimension des Problems für den ostdeutschen Staat. Erst mit dem Mauerbau konnte sichergestellt werden, dass sich Vertriebene aus der Bundesrepublik und „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR nicht zu einem informellen Bündnis zusammenschlossen.

Zur Frage der wissenschaftlichen und literarischen Beschäftigung mit Vertreibung und Integration liefert Amos zahlreiche, oft auch bereits bekannte Beispiele. Dabei kann sie zwar für die Zeit seit den siebziger Jahren ein verstärktes Interesse für diesen Themenbereich feststellen, aber eine offene Problematisierung von Stärken und Schwächen der Integrationspolitik oder gar der während der Vertreibung begangenen Verbrechen war selbstverständlich weiterhin kaum möglich – auch wenn beispielsweise im Roman „Tod am Meer“ von Werner Heiduczek (1977) sowjetische Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung offen angesprochen wurden. Das Narrativ von der Vertreibung als „gerechter“ Strafe für die deutschen Verbrechen konnte indes kaum jemand infrage stellen. Bemerkenswert ist, dass Amos in Form eines in der Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ veröffentlichten Protestes gegen eine polemische Rezension von Christa Wolfs Roman „Kindheitsmuster“ eine in der DDR durchaus kontroverse Sicht auf das Thema aufspüren kann.

Amos liefert somit viele Belege dafür, dass die „Umsiedler“ auch nach 1952/53 eine zu beachtende Gruppe in der DDR blieben. Allerdings nahm ihre Bedeutung seit den siebziger Jahren ab und in den achtziger Jahren war sogar ein etwas offenerer Umgang mit dem Thema möglich. Die Beharrlichkeit, mit der sich Umsiedler immer wieder trafen, ist ebenso beeindruckend wie die zahlreichen bilateralen Verhandlungen über Ausreisefragen oder einige Analysen der wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigung mit diesem Thema. Bisher unbekannt Details filtert Amos vor allem aus Stasi-Akten heraus, zusätzliche Erkenntnisse fördert sie aber auch zu außenpolitischen Aspekten der Vertriebenenpolitik sowie zu den deutsch-deutschen Implikationen der Anti-Revanchismus-Kampagnen zutage.

So werden auf mehreren Ebenen in der bisherigen Forschung bestehende Lücken geschlossen bzw. wird bereits vorhandenes Wissen vertieft. Obwohl Amos in ihrem Buch durchaus die Zeit bis 1990 behandelt, sind aber besonders viele Beispiele etwa für Stasi-Aktivitäten aus den fünfziger und sechziger Jahren angeführt. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang auch eine größere Vorsicht gegenüber manchen in den Stasi-Berichten enthaltenen Aussagen und deren quellenkritische Ein-

ordnung gewesen. Solche Einwände schmälern jedoch den Wert der Studie nicht. Diese sollte zudem als Aufforderung verstanden werden, die Forschung über die Vertriebenen in der DDR vor allem für die Zeit der siebziger und achtziger Jahre noch zu vertiefen.